

## Rezensionen

**Schlögel, Karl: Terror und Traum. Moskau 1937. München: Carl Hanser Verlag 2008, 812 Seiten, 29,90 €.**

Karl Schlögel gehört zu den wissenschaftlichen Autoren, deren Bücher in einem flüssigen Stil abgefaßt sind. Mit seinem neuesten Werk *Terror und Traum. Moskau 1937* gelingt es ihm, die „Welt“ des Stalinismus begreifbar zu machen. Dazu gehören die großen Schauprozesse der Jahre 1936, 1937 und 1938, die Verhaftung von zwei Millionen Menschen, von denen 700 000 erschossen und 1,3 Millionen in Lager und Arbeitskolonien deportiert wurden. Dazu gehört auch der Traum von einer neuen Gesellschaft, gehören moderne Großbauprojekte, sowjetisches „Hollywood-Kino“, Technikbegeisterung, Fliegerhelden und gigantische Sportveranstaltungen.

Der Verfasser begnügt sich nicht mit dem äußeren Schein. Im Kapitel „Baustelle Moskau“ schreibt er, daß trotz der Neubauprojekte die Wohnfläche pro Kopf um die Hälfte, auf 4,2 Quadratmeter, zurückging, und daß die Masse der Moskauer in Holzhäusern, Baracken und Kellerwohnungen leben mußte. Unter den 58 Fotos (in der Größe einer ganzen oder halben Seite) befindet sich im Kapitel über das Moskauer Adreßbuch von 1936 die Seite 1 (Zentrales Exekutivkomitee der UdSSR), auf der die in den Jahren 1937 und 1938 Umgekommenen durchgestrichen sind: 28 Namen.

Die Volkszählung vom 6. Januar 1937 war ein Schock: Die ermittelten 162 Millionen Menschen lagen weit unter den von der Führung behaupteten 170 bis 172 Millionen. Schlögel schreibt, daß die fehlenden Millionen genau den Verlusten entsprachen, die „durch gesteigerte Mortalität in der Kollektivierung und der durch sie verursachten Hungersnot zustande gekommen waren“. Der Leiter der Volkszählung,

Iwan Krawal, wurde am 31. Mai 1937 verhaftet und am 21. August 1937 zum Tode verurteilt und erschossen. Der ganze Apparat der Volkszählung vom Zentrum bis auf die Republik- und Ortsebene fiel den Repressionen zum Opfer. Die Statistiker und Demographen wurden in einer Verordnung des Rats der Volkskommissare vom September 1937 als „trozkistisch-bucharinistische Spione“ und „Volksfeinde“ bezeichnet. Die Ergebnisse der Volkszählung wurden erst 1991 veröffentlicht.

In dem Kapitel über das Puschkin-Jubiläum am 10. Februar 1937 beschreibt Schlögel den riesigen Aufwand, den Partei- und Staatsführung aus Anlaß des 100. Todestages des Dichters betrieben. Puschkin, der lange als Vertreter der Aristokratie gegolten hatte, wurde für Lenin und Stalin instrumentalisiert. Wir befänden uns nicht im Jahre 1937, wenn nicht Kritik an den im Verlag der Akademie der Wissenschaften erschienenen Gesammelten Werken geübt worden wäre, von denen erst am Vorabend des Jubiläums der 7. Band erschienen ist, wenn nicht auch Kritik geübt worden wäre an den langatmigen Kommentaren der „Puschkinisten“. Schlögel schreibt leider nicht, daß der 17. und letzte Band erst 1959 herauskam. Die Frage nach dem Sinn dieses Massenspektakels beantwortet er im letzten Satz dieses Kapitels: „Es war die Autorität einer großen Kultur, die eine schwache und gewalterfahrene Macht sich zunutze zu machen suchte, um ihr Reich zu festigen, und war die Autorität und Ordnung einer Kultur, bei der ein Volk in Zeiten der Wirren und Verwirrung Zuflucht suchte – und zuweilen auch finden konnte.“

Politbüromitglied und Volkskommissar für Schwerindustrie Grigori Ordshonikidse nahm sich am 18. Februar 1937 das Leben, weil er sich den Pressionen, die ihn auf dem zwei Tage später beginnenden ZK-Plenum erwarteten, nicht gewachsen fühlte. Der Selbstmord wurde von Stalin in einen „Tod durch Herzattacke“ um-

gelogen, das Land durchlebte ein fünftägiges Trauerritual. Elf der zwanzig Unterzeichner der ZK-Erklärung zum Tode des Schwerindustriekommissars auf der Titelseite der *Prawda* vom 19. Februar 1937 wurden später ermordet, ebenso drei der vier Unterzeichner des Ärztlichen Bulletin.

Das Wortprotokoll des ZK-Plenums, das am 23. Februar 1937 begann, wurde erst zwischen 1992 und 1999 veröffentlicht. Erster Tagesordnungspunkt war das Parteigericht über Rykow und Bucharin, die alle gegen sie erhobenen Beschuldigungen zurückwiesen. (1938, im dritten Schauprozeß, sollten sie unter der Folter alle gestehen.) Am Schluß der unter Gelächter und Geschrei verlaufenen „Beratung“ wurden beide auf Stalins Vorschlag aus der Partei ausgeschlossen und dem NKWD übergeben. Nach der Abstimmung wurden sie verhaftet und in die Lubjanka geschafft. Ein weiterer Punkt waren die anstehenden Wahlen, die nach dem Wortlaut der Stalin-Verfassung von 1936 allgemein, frei und geheim sein sollten. Jetzt befürchteten die Genossen die Aktivierung der „feindlichen Kräfte“, denn die Partei war in keiner Weise darauf vorbereitet. Das ZK-Plenum von Oktober 1937 zog die Reißleine: Es wurde eine gemeinsame Liste des Blocks der Kommunisten und Parteilosens beschlossen. Wichtigster Punkt war die politische Erziehung der Parteikader. Stalin sprach von der Notwendigkeit der Schaffung eines neuen Führungspersonals. „Diese Führung trete an die Stelle der alten, sie sei das Gerüst einer neuen Partei anstelle der alten, die physisch aussterbe, zerfalle oder beseitigt werde. Das Personal dafür stehe schon bereit, es sei die Jugend, die besser qualifiziert sei als die alte Partielite und nur darauf warte, an deren Stelle zur treten.“ Stalin gebrauchte dabei häufig die Vokabeln „Ausrodung“, „Ausrottung“ und „Zerschlagung“. Schlögel versagt sich an dieser Stelle die Frage: Ahnten die Teil-

nehmer, daß sie soeben ihr Todesurteil vernommen hatten? Wie Chruschtschow auf dem XX. Parteitag (1956) mitteilte, waren von den auf dem XVII. Parteitag (1934) gewählten 139 ZK-Mitgliedern und -Kandidaten auf dem XVIII. Parteitag (1939) 98 nicht mehr am Leben.

Die bolschewistische Führung hat von Anfang an die Bedeutung des Films für den Umbau des Landes begriffen. Unterhaltungsfilm sollten „die Massen ins Kino [...] locken, damit gegen schädliche Freizeitformen wie Alkoholismus, Hooliganismus und so weiter zu kämpfen“. Das große Vorbild war Hollywood.

Auf dem „Schießplatz Butowo“ wurden in Vollzug des NKWD-Befehls Nr. 00447 vom 8. August 1937 bis zum 19. Oktober 1938 20 761 Menschen hingerichtet. Die Erschossenen fielen in eine Grube und wurden von einem Bagger der Marke „Komsomolez“ zugeschüttet. Bis zum Ende der Sowjetunion blieb dieser Schießplatz ein verschwiegener Ort. Er gehörte zu einem städtischen „Labyrinth des Terrors“, das Schlögel detailliert beschreibt. Verurteilt wurde „nicht auf Grund von Beweisen, sondern von Geständnissen, die mit allen Mitteln, einschließlich der Folter, erzwungen wurden“. Die Verfahren vor der Dreierkommission (Troika) wurden am Fließband abgewickelt, zwei Verfahren pro Minute. Schlögel bezeichnet den „Großen Terror“ als einen Krieg gegen das eigene Volk. Er sollte alle Gruppen und Schichten ausrotten, die dem Regime bei den bevorstehenden Wahlen hätten gefährlich werden können. Er schreibt, daß sich die sowjetische Gesellschaft von den selbstzerstörenden Folgen dieses „Orkans der Gewalt“ bis zu ihrem Ende nicht mehr erholen konnte. Dem ist nichts hinzuzufügen.

Den Buchdeckel zierte ein farbiges Bild des gewaltigen „Palastes der Sowjets“, gekrönt von einer 75 Meter hohen Statue des „Menschheitsgenies“ Lenin. Immer wieder wurde der Baubeginn dieses Palastes

verschoben. Am Ende entstand lediglich eine Baugrube, die im Zuge der Entstalinisierung zu einem Freibad umfunktioniert wurde. Zwischen 1995 und 2000 wurde dort die Christi-Erlöser-Kathedrale wiedererrichtet, die an dieser Stelle 1931 gesprengt worden war.

*Otto Wenzel*

**Bayerlein, Bernhard H. (Hrsg): „Der Verräter, Stalin, bist Du!“ Vom Ende der linken Solidarität. Komintern und kommunistische Parteien im Zweiten Weltkrieg 1939–1941. Unter Mitarbeit von Natalja Lebedewa, Michail Narinski und Gleb Albert. Berlin: Aufbau Verlag 2008, 540 Seiten, 24,90 €.**

Der Titel dieses Buches stammt aus einem Artikel, den Willi Münzenberg, der einmal das Finanzgenie der Komintern genannt wurde, nach dem Abschluß des Hitler-Stalin-Paktes geschrieben hat. Ein Jahr später wurde er in Südfrankreich ermordet. Die ersten 102 Seiten enthalten einen Zeitzeugenbeitrag von Wolfgang Leonhard, ein Vorwort von Hermann Weber und einen einführenden Essay von Bernhard H. Bayerlein. Die Dokumentenauszüge der folgenden Seiten sind in sechs Teile chronologisch gegliedert. Das Buch enthält 200 Fotos, alle in der Größe eines Paßbildes oder einer Briefmarke. Soweit es sich um Porträtfotos handelt, reicht diese Größe vollauf; bei Gruppenfotos muß man gelegentlich eine Lupe zur Hand nehmen. Der Leser kann sich jedoch denken, daß größere Bildformate den günstigen Preis dieses Buches in die Höhe getrieben hätten. Die Arbeit mit diesem Buch wird durch ein kommentiertes Personenregister, das einen Umfang von 28 Seiten hat, erleichtert.

Die (meist gekürzten) Dokumente werden durch Erläuterungen Bayerleins eingeführt und miteinander verbunden. Der Rand einer Seite enthält Fotos und chronologische Daten in Kleindruck. Die erste Folge des Paktes war, daß in zahlrei-

chen Ländern die kommunistischen Parteien unter Berufung auf das gegen die westlichen Demokratien gerichtete Bündnis verboten wurden. Ein wichtiges Instrument der Komintern war während des Zweiten Weltkrieges der „Verbindungsdienst“ mit Funkstellen in neutralen Staaten und besetzten Ländern. 1942/43 bestanden 28 Funkstellen, unter anderem in Polen, in den Niederlanden, in Frankreich und Belgien, in Schweden, in der Partisanenzone Jugoslawiens, in England und in den USA.

Die orientierungslose Komintern-Führung erhielt am 7. September 1939 endlich eine Direktive Stalins: Die Kommunisten der kapitalistischen Länder mußten entschieden gegen ihre Regierung und gegen den Krieg auftreten. Die Unterscheidung der kapitalistischen Länder in faschistische und demokratische habe ihren Sinn verloren. Die Komintern untersagte in der Folgezeit den kommunistischen Parteien und sympathisierenden Organisationen jeglichen Widerstand gegen den Vormarsch der deutschen Truppen in West-, Nord- und Südosteuropa. Die antifaschistischen Legionen der besetzten Länder wurden als Instrumente der Feinde der Sowjetunion diffamiert.

Mehrere Dokumente illustrieren, daß die kommunistischen Parteien in den westlichen Ländern in den ersten Wochen nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges von der Komintern-Führung nur mit Mühe davon abgebracht werden konnten, den antifaschistischen Kampf gegen das Hitler-Regime fortzusetzen und die Kriegführung der Regierungen Frankreichs und Englands zu unterstützen. Am 19./20. Oktober 1939 wurden in Moskau in einer Sitzung des Präsidiums des Exekutivkomitees der Komintern (EKKI) den kommunistischen Parteien „praktische Hilfen“ erwiesen. Sie wurden aufgefordert, „ihren Einfluß auf die Massen und die Organisationen der Arbeiterklasse im Alltag zu verstärken“, defätistische Elemente aus



der Führung zu entfernen, den Kampf gegen die Führer der sozialdemokratischen Parteien zu verstärken und das Studium des Kurzen Lehrgangs der Geschichte der KPdSU(B) zu organisieren. In einer Erklärung der Kommunistischen Parteien Deutschlands, Österreichs und der Tschechoslowakei vom 23. Oktober 1939 heißt es: „Für Frieden und Sozialismus gilt es, die sozialdemokratischen, katholischen, nationalsozialistischen und parteilosen Arbeiter zu einer revolutionären Klasse zusammenzuschließen.“

Aus den Dokumenten über den sowjetisch-finnischen Krieg 1939/40 ragt eine entsetzliche Äußerung Stalins am 21. Februar 1940 im Bolschoi-Theater hervor: Das Potential der weißen Finnen seien die 150 000 finnischen Schutzkorpsleute. 60 000 seien niedergemacht worden, auch die übrigen müßten niedergemacht werden, dann sei die Sache zu Ende. „Es brauchen nur Junge und Greise übrigzubleiben.“ Ein Eklat für Stalin war, daß der Generalsekretär der KP Finnlands mit der Komintern brach und in einem Offenen Brief an Dimitroff die Politik von Sowjetunion und Komintern scharf verurteilte.

Daß die Moskauer KPD-Genossen keine Vorstellung von den Zuständen in Deutschland hatten, illustriert ein Beschluß vom 12. Dezember 1939. Als „unmittelbare Aufgaben“ werden folgende genannt: die Bildung einer Berliner Parteileitung und die Schaffung von regionalen Parteileitungen, die Herausgabe der *Berliner Volkszeitung* und der *Roten Fahne*, die Ausnutzung der legalen Möglichkeiten in DAF (Deutsche Arbeitsfront), KdF (Kraft durch Freude), NSV (Nationalsozialistische Volkswohlfahrt) und Luftschutz. Am 30. Dezember 1939 wurde erstmals von der Schaffung einer „Volksfront der werktätigen Massen – einschließlich der nationalsozialistischen Werktätigen“ gesprochen. Die Parteiorganisationen wurden verantwortlich gemacht für den Aufbau eines Kommu-

nistischen Jugendverbandes innerhalb der Hitler-Jugend (HJ) und des Bundes deutscher Mädel (BdM). Dimitroff forderte am 16. April 1940 führende Kader der KPD und der KPÖ in Frankreich und in Belgien auf, legal über die Niederlande nach Deutschland zurückzukehren. Diejenigen, gegen die schwerwiegende Urteile vorlagen, sollten illegal in Belgien bleiben. Eine entsprechende Weisung erging am 8. Januar 1941 an die KP Spaniens.

Zu den Dokumenten über die Auslieferung von Deutschen aus der Sowjetunion (bis April 1941 etwa 1 000 Menschen) stellt Bayerlein fest, „daß die Parteiführung in Moskau weder die Lage im Lande und noch weniger die Situation in den KZ kannte. Wenn in den Komintern-Dokumenten von den ‚Schrecken in den Konzentrationslagern‘ die Rede war, dann zunächst ausschließlich von den ca. 250 000 Spaniern und ca. 5 000 ehemaligen Freiwilligen der Internationalen Brigaden in Frankreich und Spanien. Das Schicksal der europäischen Juden wurde in den Komintern-Dokumenten verschwiegen.“

Im Frühjahr 1941 zeichnete sich ein allmählicher Kurswechsel ab. Am 9. April 1941 schrieb Dimitroff nach einer Weisung Shdanows in sein Tagebuch: „Wir billigen die deutsche Expansion auf dem Balkan nicht. Das bedeutet jedoch nicht, daß wir vom Pakt mit Deutschland abgehen und uns auf die Seite Englands schlagen.“ Am 20. April 1941 sprach Stalin einen Toast auf die Umwandlung der kommunistischen Parteien in nationale Parteien mit verschiedenen Bezeichnungen.

Nach dem 22. Juni 1941 beschloß das Sekretariat des EKKI, eine vollständige Unterstützung der KPdSU(B) und der sowjetischen Organe zu garantieren. Dimitroff notierte: „Die Frage der sozialistischen Revolution ist nicht aufzuwerfen, das sowjetische Volk führt einen vaterländischen Krieg gegen das faschistische Deutschland.“ Die Rekrutierung, Vorbe-

reitung und Kommandierung von Agenten und Politgruppen hinter die Linien in Deutschland und anderen Ländern („Fallschirmagenten“) wurde neben der Radio-propaganda und der Kriegsgefangenenarbeit „zur Hauptaufgabe der Komintern im Zweiten Weltkrieg“.

Am 30. Dezember 1941 wurde auf einer Sitzung der Rundfunkredakteure und Kommentatoren der Komintern in Moskau beschlossen, „mitzuhelfen, die Volksmassen in den okkupierten Ländern auf den entschlossenen bewaffneten Aufstand gegen die Okkupanten vorzubereiten, der gleichzeitig mit dem Gegenangriff der Roten Armee im Frühjahr erfolgen soll“.

Am 8. Juni 1943 verfügte das Präsidium des EKKI die Auflösung der Komintern. Bayerlein verweist jedoch darauf, daß die meisten Aktivitäten vor allem von der neuen Abteilung Internationale Information beim ZK der KPdSU(B) und ihren „Forschungsinstituten“ übernommen wurden, die Dimitroff leitete. Dieses Buch ist eine Fundgrube für jeden, der sich mit den schicksalsschweren Jahren 1939 bis 1941 beschäftigen will.

*Otto Wenzel*

**Hedeler, Wladislaw / Stark, Meinrad: Das Grab in der Steppe. Leben im Gulag. Die Geschichte eines sowjetischen „Besserungsarbeitslagers“ 1930–1959. Paderborn: Schöningh Verlag 2007, 472 Seiten, 38,- €.**

**Hedeler, Wladislaw (Hrsg.): Karlag. Das Karagandinsker „Besserungsarbeitslager“ 1930–1959. Dokumente zur Geschichte des Lagers, seiner Häftlinge und Bewacher. Paderborn: Schöningh Verlag 2007, 363 Seiten, 39,90 €.**

NKWD-Dokumenten zufolge wuchs die Zahl der Gulag-Häftlinge zwischen 1930 und 1953 von 180 000 auf 2,5 Millionen. Doch selbst diese erschreckenden Zahlen trügen. Denn Amnestien und sich immer wieder daran anschließende Verhaftungswellen brachten weit mehr Menschen in

die Lager. Anne Applebaum kommt in einer konservativen Berechnung auf 18 Millionen Häftlinge. Mit den vier Millionen Kriegsgefangenen und rund 6 Millionen „Sonderumsiedlern“ schufteten und hungerten 28,7 Millionen Zwangsarbeiter in der Sowjetunion. Und die Todesbilanz? 2,8 Millionen starben allein in den Lagern. Die Opferzahlen unter den Deportierten sind nicht mehr zu ermitteln. Ein Drittel der Kriegsgefangenen kam um. 800 000 wurden von Erschießungskommandos exekutiert.

Inzwischen liegen zahlreiche autobiographische und literarische Beschreibungen des Lagerlebens auf deutsch vor: Neben Alexander Solschenizyn und Warlam Schalamows Erzählungen von der Kolyma existiert eine Reihe von neuen und alten Berichten deutscher Häftlinge, vielfach aus Workuta. Wissenschaftliches zum Gulag ist in der deutschsprachigen Forschungslandschaft jedoch noch immer rar. Ralf Stettners Monographie zum „Archipel GULag“ von 1996 ist nichts gefolgt. Die materialreichen Überblicksdarstellungen der Historiker im Umfeld der Organisation Memorial liegen bis heute nur auf russisch vor. Von daher ist das Forschungsprojekt von Wladislaw Hedeler und Meinrad Stark, „die erste, bisher weltweit einzige, umfassend aus den Quellen recherchierte Geschichte eines Lagerkomplexes“ zu erstellen – so der Klappentext –, schlichtweg eine Pioniertat.

Unter den 450 sowjetischen Lagerkomplexen mit Tausenden von Haupt- und Nebenlagern war das sogenannte „Karlag“, die Lagerwelt um die zentralasiatische Stadt Karaganda in Kasachstan, eines der größten. In fast drei Jahrzehnten, zwischen 1930 und 1959, verwandelte hier ein Heer von 800 000 Häftlingsklaven die Halbwüste in Weiden und Felder, grub Kanäle für ein gigantisches Bewässerungssystem, bewachte Schaf- und Rindergroßherden, pflanzte Getreide und Gemüse, erntete Heu und Obst. 260 Kilo-

meter von Nord nach Süd, 130 Kilometer von West nach Ost – eine Riesenkolchose mit unzähligen Erweiterungen, in der sich bei Kriegsende 66 000 Frauen und Männer bei Temperaturen zwischen 40 Grad plus und 40 Grad minus abquälten. Eine Flucht in die Steppe schien aussichtslos, so daß manches Lager lange ohne Stacheldrahtzäune blieb.

Beim Arbeiten war es mitunter sogar möglich, heimlich von dem etwas zu ergattern, was tonnenweise geerntet wurde. Ein Überlebensvorteil im Vergleich mit den Eis- und Bergwerkshöhlen des Nordens. Dennoch starb 1930 jeder zweite, während des Krieges jeder vierte, über die ganze Lagerdauer jeder zehnte Karlag-Häftling. Insgesamt gab es im Laufe der Jahre 38 000 Tote.

Die Verwaltungsakten des Karlag sind überliefert. Die Akten lagern in einem vollgestopften 400 Quadratmeter großen Archiv. Zentrale Dokumente daraus werden von Hedeler in einem eigenen Band präsentiert. Die ins Deutsche übersetzten Befehle, Rundschreiben und Berichte lesen sich wie die verschriftete Schizophrenie zwischen propagandistischem Schein und real organisiertem Lager. Überliefert sind außerdem die vollständige Häftlingskartei und 60 000 Häftlingsakten. 1 080 von ihnen – „zufällig ausgewählte“, so die schwammige Kriterienbeschreibung – haben Hedeler und Stark systematisch ausgewertet. Hinzu kommen „lebensgeschichtliche Gespräche“ mit 49 Überlebenden, ergänzt um vierzehn schriftliche Haftberichte. Die Synthese aus der beeindruckenden Sortierarbeit des gewaltigen Aktenbestandes und den plastischen Zeitzeugschilderungen ist wegweisend. Besonders augenfällig ist das besondere Interesse der Autoren an ihrem Forschungsgegenstand, gleichfalls ihre Nähe zu ihm. Zahlreiche Häftlingsfotos mit biographischen Untertitelungen wirken dabei wie eindrückliche Schlaglichter mitten aus dem Grauen. Und auch die aktu-

ellen Bilder der Lagerruinen sind ein bizarres „Schweigematerial“ einer traumatischen Vergangenheit.

Unter den Kapitelüberschriften „Haftordnung“, „Lagerpersonal“, „Häftlinge“, „Lageralltag“, „Zwangsarbeit“, „Ernährung und Hunger“, „Krankenversorgung und Häftlingssterben“, „Durchhalten und Überleben“ sowie „Auflösung und Erbe des Lagers“ versuchen die Autoren ihre Materialberge zu gliedern. Von der Normbemessung zur Häftlingsfeier, vom Aufbau der Latrinen zum Bildungsstand der Wachen – der Haftalltag ist komplex erfaßt. Zwar formte jedes Lager im Sowjetimperium seinen eigenen Schreckenskosmos, abhängig vom Klima, von den Arbeitsbedingungen, vom Kommandanten und von der Häftlingsgesellschaft. Aber die Moskauer Regelungswut normierte zugleich auch, so daß die Karlag-Untersuchung exemplarisch für jedes Gulag-Lager gelesen werden kann. Das macht sie zum Meilenstein der Forschung.

So erkenntnisfördernd die Detailbeschreibung ist, so verhaftet bleibt sie doch der Logik des Gulags. Stellenweise gerät sie gar zur Banalisierung des Schreckens. Wo der Widerspruch zwischen Haftordnung und Wirtschaftlichkeit zum Kernproblem wird, bleibt am Schluß nur die Bilanz von der vermeintlich „billigen“ Häftlingsarbeit, die jedoch nie kostendeckend war. Unter solchen Parametern fehlt die Empörung gegenüber der Sklaverei, wird der Schrecken normierbar, eigentümlich handhabbar. Repression, Terror, Lagerwelten sind jedoch Themen, die ohne ordnende, empathische Interpretation nicht auskommen. So etwa bei der Frage nach den 2 200 Kalorien Energiebedarf, die es aufgrund von Korruption, Fehlplanung und Gleichgültigkeit allerdings nie gab, obwohl doch Schwerstarbeiter annähernd das Doppelte zur Regeneration brauchen. Dieses Beispiel ist kein Exzeß, auch wurden keine Zuständigkeiten abgewälzt, sondern das ist ein ins Ex-

treme getriebenes Wesensmerkmal sowjetischer „Besserungsarbeitslager“, berechnet und behördlich befohlen. Dabei allein Mangelwirtschaft zu konstatieren, ist zu wenig. Es ist eine Struktur, die noch mehr Fragen aufwirft.

Dabei wäre eine andere Gewichtung schon in der Anlage des Buches möglich gewesen. Das zweitletzte Kapitel zum Hungern und Verhungern an den Anfang gesetzt, hätte den Ausführungen zu den Lagerkindern, zur Korruption oder zu den Strafbaracken von Grund auf eine andere Dimension verliehen. Diese fehlende Auslotung vermögen denn auch die Erzählungen der Zeitzeugen nicht mehr zu korrigieren. Denn in ihrer Pluralität relativieren sie die Umstände – ein quasi automatischer Effekt jeder größer angelegten Befragung. Schließlich findet sich immer jemand, der selbst in der Trostlosigkeit der Steppe noch das erste Frühlingsgrün genießen konnte, der die Hilfe eines Lageraufsehers bemerkenswert fand oder der vom Briefe schreiben berichtet, wo sonst doch die Verwandten selbst beim Tod des Verschleppten über Jahre nichts erfuhren. Das ist beileibe kein grundsätzlicher Vorbehalt gegenüber Gesprächen mit Opfern. Aber auch Zeitzeugenberichte, gerade die von Überlebenden, verlangen nach Einbettung.

Vom Karlag „als Modelfall auch für die Geschichte des sowjetischen Zwangsarbeitssystems als Ganzes“ schreibt Hedeler. Die umfassende Materialauswertung legt diese These tatsächlich nahe, doch sie geht ihr nicht nach. Auch nicht der Frage nach dem Wesen des Archipels Gulag als zentralem Moment im stalinistischen Herrschafts- und Gesellschaftgefüge. Dabei zeigt sich dies wohl selten so unabweisbar wie in Kasachstan. Zwischen 1930 und 1934 wurde die Hälfte der dortigen Bevölkerung ermordet und vertrieben. Insgesamt reduzierte die bolschewistische Herrschaftsclique durch Terror und Zwangskollektivierung die Einwoh-

nerschaft von 5,8 auf 2,7 Millionen. Allein 1932 trieb sie vermutlich 2,1 Millionen Menschen in den Hungertod. Die Partei führte Krieg gegen alle, hier vor allem gegen die Bevölkerung, die hauptsächlich aus Nomaden bestand. In das massakrierte Land wurde daraufhin fast eine Million Menschen verschleppt. Deren Leben organisierte man so, daß sie die Hälfte der Zehntausenden von Pappeln, die sie im Sommer gezwungen waren zu pflanzen, unter erheblichen Qualen bis hin zum Erschöpfungstod, im Winter heimlich wieder schlagen mußten, um nicht zu erfrieren. Das Karlag aber feierte man in Moskau als Sieger im „sozialistischen Wettbewerb“ der Lager.

*Andreas Petersen*

**Plato, Alexander von / Leh, Almut / Thonfeld, Christoph (Hrsg.): Hitlers Sklaven. Lebensgeschichtliche Analysen zur Zwangsarbeit im internationalen Vergleich. Köln u. a.: Böhlau Verlag 2008, 498 Seiten, 59,- €.**

**Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (Hrsg.): Geraubte Leben. Zwangsarbeiter berichten. Bearbeitet von Kathrin Janka. Köln u. a.: Böhlau Verlag 2008, 357 Seiten, 22,90 €.**

Auch wenn der reißerische Titel dieses Buches danach klingt, so handelt es sich dabei nicht um eine der zahlreichen Fernsehpublikationen aus der Werkstatt des ZDF-Chefhistorikers Guido Knopp. Das voluminöse Werk ist vielmehr das Ergebnis eines aufwendigen internationalen Forschungsprojektes zum Thema Zwangsarbeit im Nationalsozialismus. Es wurde von der im Jahr 2000 gegründeten Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ finanziert und von 2005 bis 2007 vom Institut für Biographie und Geschichte an der Fernuniversität Hagen unter der Leitung des langjährigen Gründungsdirektors Alexander von Plato durchgeführt.



In der bundesrepublikanischen Zeitgeschichte waren Forschungen zur Zwangsarbeit im „Dritten Reich“ ein historisches Spezialthema, zu dem seit den achtziger Jahren umfangreiche und grundlegende Arbeiten vorliegen (Ulrich Herbert, Wolfgang Jacobmeyer, Christian Gerlach, Mark Spoerer u. a.). Öffentliche Beachtung fand diese Thematik jedoch erst in den neunziger Jahren, als die Frage der Entschädigung von KZ-Häftlingen, ausländischen Zivilarbeitern und Kriegsgefangenen, die unter dem NS-Regime im Deutschen Reich und in den Okkupationsgebieten zwangsweise zur Arbeit eingesetzt waren, auf den Tisch kam. Solche Forderungen waren bisher abgelehnt worden, weil ihre Regelung entweder auf einen künftigen Friedensvertrag verschoben wurde oder die Forderungen mit bisherigen deutschen Leistungen an die jeweiligen Staaten als abgegolten betrachtet wurden.

Die Veränderung des politischen Klimas nach der deutschen Wiedervereinigung, vor allem aber die Tatsache, daß große deutsche Banken und Konzerne, die vermehrt auf den US-amerikanischen Markt drängten, Sammelklagen ehemaliger Zwangsarbeiter aus Konzentrationslagern befürchten mußten, bewirkten ein Umdenken. Im Jahr 2000 kam es zur Gründung der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (EVZ), deren Grundkapital teils aus Steuergeldern, teils von der deutschen Wirtschaft und anderen Institutionen aufgebracht wurde. Wesentlicher Zweck der Stiftung war die Auszahlung humanitärer Leistungen an ehemalige Zwangsarbeiter und an andere Opfer nationalsozialistischen Unrechts. Bis Juni 2007 wurden über vier Milliarden Euro an gut anderthalb Millionen Anspruchsberechtigte in 100 Ländern ausgezahlt. Gemäß ihrem Auftrag, die Erinnerung an das NS-Unrecht wachzuhalten, finanziert die Stiftung EVZ zudem aus einem Sonderfonds verschiedene Projekte

und Programme zur Erforschung der NS-Zwangsarbeit. Bis Ende 2006 stellte sie dafür 27 Millionen Euro zu Verfügung. Zu den geförderten Projekten zählte auch das „Internationale lebensgeschichtliche Dokumentationsprojekt zur Sklaven- und Zwangsarbeit“.

Im Zeitraum von gut zwei Jahren erstellte die Hagener Forschergruppe in Zusammenarbeit mit 32 Gruppen und 75 Mitarbeitern in 27 Ländern eine Sammlung von 590 Interviews, die teils auf Video, teils auf Tonkassetten aufgezeichnet wurden. Die Interviews wurden schwerpunktmäßig in Ost- und Ostmitteleuropa (Ukraine, Russland, Weißrußland, Polen, Ungarn u. a.) durchgeführt, wo die meisten Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen zum Arbeitseinsatz rekrutiert worden waren. Jüdische Überlebende aus Konzentrations- und Vernichtungslagern wurden auch in den Emigrationsländern USA, Israel, Südafrika und England befragt (insgesamt 134 Personen). Zusammen mit verfolgten Roma und Sinti (46 Befragte), die ebenfalls länderübergreifend erfaßt wurden, bildeten sie fast ein Drittel der Befragten. Mit dem hohen Anteil ehemaliger „Sklavenarbeiter“ – diesen Begriff lehnen übrigens viele ehemalige KZ-Häftlinge ab, weil sie ihn als demütigend empfinden; sie bezeichnen sich selbst als ehemalige Lagerinternierte – sollte deutlich gemacht werden, daß ihre Lebensbedingungen generell wesentlich schlechter waren als die der zivilen Zwangsarbeiter – bis hin zur „Vernichtung durch Arbeit“.

Die Festlegung der Anzahl und Verteilung der Interviews auf Länder und Opfergruppen erfolgte auf Wunsch der Vertreter der jeweiligen Opferverbände sowie der Partnerorganisationen der Stiftung EVZ. Die Auswahl der Befragten basierte zum Teil auf Daten von Menschenrechtsgruppen (Memorial, KARTA u. a.) und vorhergehenden Interviewprojekten. Repräsentativität wurde nicht angestrebt. In Anerkennung des ihnen zugefügten Unrechts wur-



den in die Dokumentation auch Berichte von ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen, italienischen Militärinternierten sowie Zwangsarbeitern aus westeuropäischen Ländern aufgenommen, die gemäß der gesetzlichen Bestimmungen keine Zahlungen von der Stiftung erhalten konnten. Das aufgezeichnete Material wurde inzwischen für eine Video- und Tondokumentation „Zwangsarbeit 1939–1945“ aufbereitet, die seit Anfang 2009 in einem Online-Portal der Freien Universität Berlin zugänglich ist.

Ziel des Projekts war es, die unterschiedlichen Erfahrungen von Zwangsarbeit im Nationalsozialismus mit einem lebensgeschichtlichen Ansatz zu erforschen. Die Interviews mit den ehemaligen Zwangs- und „Sklavenarbeitern“ sollten daher nicht nur die Phase von 1933 bis 1945 behandeln, sondern auch die jeweilige Vor- und Nachgeschichte der Befragten mit einbeziehen. Denn es ging auch darum zu untersuchen, wie die Erlebnisse in der NS-Zeit individuell und kollektiv verarbeitet wurden, inwiefern das weitere Leben der Befragten dadurch beeinträchtigt war (Berufs- und Ausbildungschancen, familiäre Beziehungen, Gesundheit, Rente, Haftentschädigung usw.) und welche Bedeutung den jeweiligen nationalen Erinnerungskulturen zukam (positive oder negative Aufnahme in den Heimatländern, staatliche Anerkennung als Opfer oder neuerliche Diskriminierung und Repression).

Den Hauptteil des Buches bilden 28 Berichte aus 20 Ländern, vor allem in Ost- und Ostmitteleuropa, die in chronologischer Folge, dem Kriegsverlauf entsprechend, geordnet sind. Sie geben einen Eindruck von der quantitativen Dimension und den Praktiken des Einsatzes von Zwangsarbeitern im damaligen Reich und in den besetzten Ländern (hier mit Bezug auf M. Spoerer: etwa 13,5 Millionen, darunter rund acht Millionen Zivilarbeiter, 4,6 Millionen Kriegsgefange-

ne und 1,7 Millionen KZ-Häftlinge). Zugleich bieten sie interessante Vergleichsmöglichkeiten. Die Beiträge von Tetyana Lapan und Gelinada Grinchenko beschreiben zum Beispiel gravierende Unterschiede zwischen dem westlichen und dem östlichen Teil der Ukraine, aus der seit 1941 – sowjetischen Schätzungen zufolge – 2,4 Millionen Menschen, das heißt die größte Gruppe der Zwangsarbeiter, ins Deutsche Reich gebracht worden waren. Hatten die deutschen Bevollmächtigten für den Arbeitseinsatz im Westen des Landes anfangs noch nach freiwilligen und qualifizierten Arbeitskräften gesucht, so gingen sie in der Ost-Ukraine schon ab 1942 anhand entsprechender Anweisungen wie auch bei Razzien und Evakuierungen zu massenhaft erzwungener Arbeitsmobilisierung über. Im Reichsgebiet arbeiteten die „Ostarbeiter“ in Kraftwerken und Fabriken, auf Bahnstrecken und Baustellen, bei der Organisation Todt, in der Landwirtschaft, in privaten Haushalten und in öffentlichen Einrichtungen. In der West-Ukraine („Distrikt Galizien“) verliefen die Arbeitsrekrutierungen hingegen bis Mitte 1943 in milderer Form. Hier erlaubten die deutschen Besatzungsbehörden sogar die Bildung eines ukrainischen „Hilfskomitees“, das als legale Organisation Ukrainern, Polen und Juden als Anlaufstelle diente. Es konnte seine Landsleute unterstützen und den Deportierten in Deutschland überlebenswichtige Privilegien sichern. (Die galizischen Ukrainer hatten deutlich bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen als die ukrainischen „Ostarbeiter“: Sie erhielten zum Beispiel Lebensmittelkarten und Kleiderzuteilungen, bekamen teilweise Lohn, einen freien Tag in der Woche, sogar Urlaub, kirchliche Betreuung, durften heiraten und Kinder bekommen.) Im übrigen wandten sich auch die nationale Untergrundbewegung und die ukrainische griechisch-katholische Kirche gegen die Arbeitsmobilisierung der westukrainischen Bevölkerung.

Aus Weißrußland wurden während des Zweiten Weltkrieges knapp 400 000 Menschen zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt, nicht eingerechnet die Zahl jener, die im besetzten Gebiet selbst arbeiten mußten oder in Konzentrationslagern schufteten. Alexander Dalhouski befaßt sich in seinem informativen Beitrag unter anderem mit den brutalen Rekrutierungsmethoden der deutschen Behörden in der östlichen Hälfte Weißrußlands. Er unterscheidet mehrere Typen weißrussischer Zwangsarbeiter: jüdische „Skavenarbeiter“ in den Ghettos, arbeitsfähige sowjetische Kriegsgefangene, weißrussische Zivilisten im örtlichen Einsatz, denen die Zwangsarbeit oft als Überlebenschance erschien, sowie „Ostarbeiter“, die nach Deutschland deportiert wurden. Vor diesem trostlosen Hintergrund wirken manche der im Beitrag von Imke Hansen und Alesja Belanovich zitierten Interviewauszüge zu „Freiräumen“ und „aktiven Gestaltungsversuchen“ in der letzteren Gruppe wie eine Illustration von Dalhouskis These, daß die Zwangsarbeiter, die im Reich arbeiteten, eine „Zwangsarbeitere lite“ darstellten, die für die weißrussischen Zwangsarbeiter nicht repräsentativ sei.

„Opfer zweier Diktaturen“ nennt Irina Scherbakowa die sowjetischen Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen, die nach ihrer Befreiung in ihre Heimat zurückkehrten. Ihr Schicksal paßte – wie auch Natalia Timofeyeva und Anna Reznikova betonen – nicht zur offiziellen Version der Geschichte des „Großen Vaterländischen Krieges“, zum Mythos von Massenheroismus, Patriotismus und Widerstand. In der ehemaligen Sowjetunion wurden die Rückkehrer als „Vaterlandsverräter“ verdächtigt, was mit acht Jahren Lagerhaft und Zwangsarbeit bestraft werden konnte. Sie wurden in Filtrierlagern gesammelt und verhört. Viele wurden von hier aus direkt zur Roten Armee oder erneut zur Zwangsarbeit in sowjetische Arbeits- und

Straflager geschickt. Nicht selten wird auch von Übergriffen der „Befreier“ und Vergewaltigungen von „Ostarbeiterinnen“ durch Rotarmisten berichtet. Bis in die achtziger Jahre hinein blieben Zahlen zu den nach Nazi-Deutschland verschleppten Zwangsarbeitern unter Verschuß. Im Privatleben waren sie beruflichen Diskriminierungen und weiteren Repressionen ausgesetzt. Erst in den neunziger Jahren wurden die ehemaligen Zwangsarbeiter den Kriegsteilnehmern gleichgestellt und begannen, sich in eigenen Vereinen zu organisieren. Die Auszahlung deutscher Leistungen trug wesentlich dazu bei, sie vom „Makel der Minderwertigkeit“ zu befreien, ihre Gruppenidentität zu fördern und ihren sozialen und familiären Status zu heben. Angesichts dieser doppelten Repression ist es verständlich, daß sich in den Erinnerungen der Zeitzeugen, auch in ihrer Einstellung zu den Deutschen, die Gewichtung verändert hat. So fällt, trotz Verschleppung und Ausbeutung, die nachträgliche Beurteilung der Zwangsarbeit in Deutschland – hinsichtlich eines Zugewinns an lebensgeschichtlich bedeutsamer Erfahrung oder beruflicher Qualifikation, nicht zuletzt auch aufgrund der deutschen Kompensationszahlungen – teilweise sehr differenziert und manchmal sogar positiv aus.

In anderen Ländern Mittel- und Osteuropas, wo es ebenfalls zu einer Heldenverehrung kommunistischer Kämpfer und Partisanen kam, wurden die repatriierten Zwangsarbeiter zwar nicht als Kollaborateure verdächtigt, doch in den Erinnerungskulturen marginalisiert. Šárka Jarská beschreibt die Ausgrenzung von jüdischen Opfern, Roma, Homosexuellen sowie Zwangsarbeitern aus der kollektiven Erinnerung in der Tschechoslowakei vor 1990. Im kommunistischen Polen wurden, wie Piotr Filipkowski und Katarzyna Madoń-Mitzner darstellen, für Überlebende aus Konzentrations- und Vernichtungslagern schon kurz nach Kriegsen-

de hoch ritualisierte Gedenkfeiern eingeführt, die auch von der politischen Führung „benutzt“ werden konnten. Ehemalige Zwangsarbeiter wurden hingegen nicht als separate Gruppe von Kriegsopfern anerkannt. Sie hatten keine eigenen Organisationen und etablierten Formen des Gedenkens; die Haltung des Staates ihnen gegenüber war ambivalent.

Wie die Herausgeber einleitend erwähnen, geht es in diesem Buch nicht um eine Rekonstruktion oder Ergänzung von Realgeschichte mittels der Methode der mündlichen Befragung. Sechzig Jahre nach Kriegsende sei damit zu rechnen, daß die Erinnerungen an die damaligen Erlebnisse verblaßt oder „gelöscht“ seien bzw. von neuen Erfahrungen überlagert worden seien. Die Stärke der *oral history* liege vielmehr in der Erkundung des Verhältnisses von Erlebnis und Überlagerung bzw. der persönlichen Verarbeitung von Geschichte und, weiter gefaßt, den Wechselbeziehungen zwischen solchen Erfahrungen und den nationalen Erinnerungskulturen. Einige Autoren rekurrieren auf einen methodischen Ansatz, der die Erzählung als solche zum Objekt der Untersuchung erklärt. Sie interessieren sich primär für die Erzählweisen und Stile, die auf Erfahrungs- und Deutungsmuster, Interpretations- und Präsentationsmuster, Selbstwahrnehmung, Strategien der Selbstrepräsentation oder Schicksalskonstruktionen hinweisen. Dies geht freilich oft zu Lasten der Analyse der inhaltlichen Aussagen, der Auswertung wichtiger Fakten, zum Beispiel zu konkreten Lebens- und Arbeitsbedingungen, den Topographien und Formen der Zwangsarbeit, gesundheitlichen Folgen, Sterblichkeit usw. und, *last but not least*, zu Lasten der Verallgemeinerung der Erfahrungen in den verschiedenen Gruppen und des Vergleichs.

Hier sei daher noch auf 35 anschauliche Erinnerungsberichte hingewiesen, die aus den zahlreichen Briefen und Anträgen an die Stiftung EVZ zur Dokumentation aus-

gewählt und in einem separaten Band publiziert wurden.

Ein blinder Fleck in der Optik der Herausgeber und Autoren ist die Zwangsarbeit von rund 700 000 deutschen Zivilisten, die am Ende des Zweiten Weltkrieges in die UdSSR deportiert wurden. Das Schicksal dieser Menschen, darunter ebenfalls viele Frauen, Kinder und alte Menschen, die – stellvertretend für die wirklichen Schuldigen an den NS-Verbrechen – jahrelang in sowjetischen Arbeitslagern Zwangsarbeit leisten mußten, wird an keiner Stelle erwähnt, nicht einmal in der Chronik von Zwangsarbeit und Entschädigung im Anhang. Dabei gibt es viele Parallelen und Überschneidungen. So wurden die deutschen Zivilverschleppten in der Endphase des Zweiten Weltkrieges „mobilisiert“, als die „Ostarbeiter“ kurz vor ihrer Befreiung standen. Und viele kamen in eben jene Industriereviere, aus denen zuvor sowjetische Arbeitskräfte ins Deutsche Reich abtransportiert worden waren.

Auch auf diese – aus der deutschen Erinnerungskultur übrigens weitgehend ausgeblendete – Gruppe der deutschen „Reparationsverschleppten“ ließe sich der Passus beziehen, den Alexander von Plato an den Schluß seiner Zusammenfassung stellt, um den „Sklaven-“ und Zwangsarbeitern ein „Denkmal ganz besonderer Art“ zu schaffen: „Unabhängig von der ‚großen Politik‘ in Ost und West nach 1945 war es für alle, die man zur Sklavenarbeit verdammt hatte, persönlich bedeutsam, ob man sie als Opfer ernst nahm, anerkannte und ihnen half, mit dieser ihrer Vergangenheit fertig zu werden, oder nicht. Denn die Anerkennung als Opfer lindert den Schmerz um das eigene Leiden und die Trauer um die Leidensgenossen. [...] Anerkennung bedeutet auch, daß es einen Bedeutungsgewinn ihrer persönlichen Lebensgeschichte dann gab und gibt, wenn sich die Zeitgeschichte, die Politik, die Gedenkstätten oder die Lehrerschaft für ihre Erfahrungen interessiert.

Man kann umgekehrt ahnen, was es für die Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen wie für alle Verfolgten bedeutet, wenn all dies fehlt.“

*Ute Schmidt*

**Möller, Horst / Tschubarjan, Alexander O. (Hrsg.): SMAD-Handbuch. Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland 1945–1949. München: R. Oldenbourg Verlag 2009, 822 Seiten, 99,80 €.**

**Weber, Hermann / Herbst, Andreas: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945. 2. überarbeitete und stark erweiterte Auflage. Berlin: Karl Dietz Verlag 2008, 1167 Seiten, 70,- €.**

Bezüglich der Aufmachung und des äußeren Erscheinungsbildes weist das neue Nachschlagewerk über die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) eine frappierende Ähnlichkeit mit dem 1990 im selben Verlag erschienenen SBZ-Handbuch auf. Da es in beiden Publikationen um Sachverhalte geht, die im wechselseitigen Zusammenhang stehen und deren Inhalte sich gegenseitig ergänzen, war dieser Effekt von den Herausgebern und Bearbeitern offensichtlich gewollt. Das SBZ-Handbuch gibt Auskunft über die deutschen staatlichen Verwaltungseinheiten, Parteien, überregionalen Organisationen und Kirchen sowie über deren Führungspersonal. Das SMAD-Handbuch informiert erstmals umfassend und detailliert über die Strukturen und die Leitungskader des sowjetischen Besatzungsapparates bis zur separaten Staatsgründung im historischen Mitteldeutschland im Jahre 1949.

Es ist das Resultat eines mehrjährigen Kooperationsprojekts des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin mit dem Institut für allgemeine Geschichte der Russischen Akademie der Wissenschaften, in Zusammenarbeit mit der Föderalen Archivagentur Rußlands, dem Staatsarchiv

der Russischen Föderation (GARF) und dem Bundesarchiv. Teil des Bearbeiterkollektivs unter Leitung von Jan Foitzik und Tatjana Zarewskaja-Djakina waren auch Fachkräfte aus Moskauer Archiven. Durch sie war es möglich, auch gesperrte Aktenbestände zu sichten und die entsprechenden Informationen im Handbuch zu berücksichtigen.

Das Nachschlagewerk dokumentiert im wesentlichen die Organisationsentwicklung der Führungsgremien, der Verwaltungen und selbständigen Abteilungen bzw. ihnen gleichgestellten Strukturen der sowjetischen Militärregierung auf zentraler Ebene. Mit eigenen Einträgen sind die einzelnen Landesverwaltungen und die Kommandantur des sowjetischen Sektors von Berlin vertreten. In gesonderten Abschnitten werden darüber hinaus auch sowjetische Okkupationseinrichtungen bei und außerhalb der SMAD abgehandelt. Dazu gehören unter anderem die Geheimdienste, Strukturen des Innenministeriums und der Bevollmächtigte des „Sonderkomitees für Deutschland“. Wer zum Beispiel schon immer wissen wollte, welche Panzerdivision oder welches Schützenkorps zu welcher Armee gehörte und wo diese im Laufe der Zeit disloziert waren, wird hier im Beitrag über die Gruppe der sowjetischen Besatzungsstreitkräfte in Deutschland fündig.

Insgesamt enthält das voluminöse Kompendium 92 Artikel über diverse sowjetische Organisationseinheiten in der östlichen Besatzungszone. Sie sind einheitlich gegliedert und bestehen jeweils aus einem Erläuterungstext zur Entwicklung, Tätigkeit und Arbeitsweise der vorgestellten Struktur, aus einem Organisationsschema, welches in der Regel Stellenpläne wiedergibt, sowie aus Quellen- und Literaturangaben. Die Artikel sind von unterschiedlicher Qualität. Einzelne Handbucheinträge spiegeln den aktuellen Forschungsstand wider, andere wiederum fußen vermutlich im großen Maße auf der Selbstar-



stellung der beschriebenen Besatzungsbehörde oder -einrichtung und auf der „Historischen Auskunft“ zum Akteneinleger, die sich in den entsprechenden Beständen des GARF befinden. In diesem Zusammenhang fehlen, wie zum Beispiel bei den Beiträgen zu den SMAD-Landesverwaltungen, auch oft Hinweise auf Quelleneditionen, wissenschaftliche Monographien und Erinnerungen.

Besonders merkwürdig ist, daß das Agieren und der Einfluß von Geheimpolizei und Geheimdiensten in verschiedenen SMAD-Strukturen nur indirekt oder nur mit Andeutungen Erwähnung finden. Möglicherweise resultiert diese Zurückhaltung aus der parallelen Veröffentlichung des Handbuchs in russischer Sprache. So wird die Abteilung Repatriierung und Suche von sowjetischen Staatsbürgern weitestgehend als Einrichtung mit humanitärer Aufgabenstellung dargestellt. Ungenannt bleibt ihre verhängnisvolle Rolle bei der Einweisung zehntausender von der militärischen Spionageabwehr überprüfter Betroffener in das GULag-System. Zu dieser Abteilung gehörten auch einige NKWD/MWD-Lager. Der Gebäudekomplex des Zuchthaus Brandenburg (Lager Nr. 226) diente zum Beispiel bis 1948 als Verwahrort für ehemalige Angehörige der „Wlassowarmee“. Bei der Verwaltung für Innere Angelegenheiten und der entsprechenden Abteilung auf Landesebene handelt es sich zweifellos um eine weitere NKWD/MWD-Dependance innerhalb der SMAD. Hervorzuheben ist, daß die zentrale Verwaltung in Berlin, in der Treptower Chaussee 49, zeitweise sogar ein eigenständiges Untersuchungsgefängnis betrieb.

Das Handbuch enthält weiterhin etwa 1 000 Kurzbiographien von SMAD-Funktionsträgern und als Anlage vierzehn zentrale Dokumente, die für den interessierten Leser, Heimatforscher und Fachhistoriker eine wichtige, detailträchtige Informationsquelle darstellen. Eine umfas-

sende Überarbeitung der deutschsprachigen Fassung dieses notwendigen Nachschlagwerkes sollte unter Berücksichtigung der hiesigen Primär- und Sekundärquellen baldmöglichst angestrebt werden.

Seine bereits zweite Auflage erlebt das biographische Handbuch *Deutsche Kommunisten*. Zu einem beträchtlichen Teil resultiert es aus der langjährigen Forschungstätigkeit von Hermann Weber. Umfangreiches lebensgeschichtliches Daten- und Faktenmaterial enthalten unter anderem seine Ausarbeitungen „Die Wandlungen des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik“ (1969) und „Weiße Flecken in der Geschichte. Die KPD-Opfer der Stalinschen Säuberungen und ihre Rehabilitierung“ (1989). Beide Publikationen können als Grundstock bzw. Ausgangsbasis für das Handbuch angesehen werden. Für die mühsamen Erkundungen in den vor 1989 gesperrten Archivbeständen der DDR sowie für die Erschließung und Aufbereitung anderer relevanter Primär- und Sekundärquellen zeichnet der zweite Herausgeber, der ausgewiesene „Biographiespezialist“ Andreas Herbst, verantwortlich. Der ersten Auflage des biographischen Lexikons von 2004 konnten nun 275 Personenskizzen hinzugefügt werden. Außerdem wurden vorhandene Lebensläufe erweitert und über 200 Porträtfotos neu veröffentlicht. Das Standardwerk zur Geschichte eines wesentlichen Teils der deutschen Arbeiterbewegung enthält nun Kurzbiographien von 1 675 Mitgliedern des Führungskorps des deutschen Kommunismus. Herbst und Weber haben darüber hinaus in umfangreicher Weise Lebensdaten von Ehepartnern, Lebensgefährten, Kindern und Geschwistern der jeweiligen Bezugsperson erfaßt, soweit diese auch politisch in Erscheinung traten oder in Deutschland bzw. im Emigrationsland Repressalien ausgesetzt waren. Somit kann man im überarbeiteten Handbuch in unterschiedlicher

Ausführlichkeit Angaben zu insgesamt weit über 2 000 Aktivisten der KPD, ihren Vorfeldorganisationen und den verschiedenen Abspaltungen finden. Das Auffinden der gesuchten Persönlichkeit erleichtert das vorbildliche Namensregister. Es enthält mit Verweisen auf Parteipseudonyme und *noms de guerre* sowie auf erwähnte Personen ohne biographische Angaben etwa 3 000 Einträge.

Die Fakten der einzelnen Personeneinträge sind vorbildlich recherchiert. Hinsichtlich einer durchgehend einheitlichen Erfassung und Fixierung der biographischen Angaben sowie ihrer quellenkritischen Einordnung und Bewertung – was die Voraussetzung für exakte Quantifizierungen und objektive Vergleiche ist – gibt es allerdings noch ein erhebliches Bearbeitungspotential. Konkret möchte der Rezensent dieses Defizit bezüglich der Gruppe von Frauen und Männern verdeutlichen, die sich auf unterschiedlichen Wegen in das Emigrationsland Sowjetunion begeben haben. So sollte beispielsweise als wichtiges Faktum ihrer politischen Biographie die Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft und ihre Erfassung in der Sonderfahndungsliste „UdSSR Band I“ der Gestapo – zu beiden Sachverhalten liegen Reprintausgaben vor – prinzipiell bei allen Betroffenen vermerkt werden. Von Relevanz für den weiteren Lebensweg war auch die Beantragung eines sowjetischen Passes und die Mitgliedschaft in der KPdSU(B). Bezüglich einiger Spitzenfunktionäre der KPD, wie zum Beispiel Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht, sind diese Aspekte ihres Auslandsaufenthalts nach wie vor mit Spekulationen verbunden. Ausländische Besitzer eines sowjetischen Personaldokuments hat das Volkskommissariat für Inneres unter anderem nicht aus dem „Vaterland aller Werktätigen“ ausgewiesen. Der Tatbestand der Ausweisung aus der UdSSR kann richtigerweise erst nach dem September 1939 als Aus-

lieferung nach Hitlerdeutschland bezeichnet werden. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten die abgeschobenen Emigranten, die aus politischen oder rassischen Gründen in Deutschland Verhaftungen befürchten mußten, noch die Möglichkeit, sich im Transitland Polen oder Finnland abzusetzen. Weiterhin ist auch auf die korrekte Anwendung der Begriffe „Evakuierung“ und „Deportation“ hinzuweisen. Auch wenn das einige ehemalige KPD-Mitglieder in ihren Erinnerungsberichten oder in den selbstverfaßten Lebensläufen für die SED-Kaderabteilung anders dargestellt haben, bei dem im Zusammenhang mit der Auflösung der „Wolgarepublik“ im Jahre 1941 erfolgten Abtransport von Personen deutscher Nationalität aus dem europäischen Teil der UdSSR nach Kasachstan handelt es sich zweifelsfrei um Deportation. Notwendig ist schließlich die einheitliche Erwähnung von parteigerichtlichen Entscheidungen. Das gilt für Parteiausschlüsse durch das Politbüro bzw. der als Führung der KPD in Moskau agierenden Spitzenkader genauso wie für die interne posthume politische Rehabilitierung oder die rückwirkende Anerkennung der Mitgliedschaft durch die Zentrale Parteikontrollkommission der SED.

Auffällig ist auch der unterschiedliche Umfang der Handbucheinträge. Einige haben lexikalischen Charakter, wobei der sprichwörtliche Mut zur Lücke mitunter ins Auge springt. Andere sind dagegen bereits kleine biographische Skizzen, angereichert mit Zitaten und Details aus der Parteikarriere. Hier hätte der Leser gern erfahren, welche Gründe – unzureichender Forschungsstand, komplizierte Quellenlage, besonderes Interesse oder Desinteresse der Autoren an einzelnen Personen usw. – für eine solche Herangehensweise maßgebend waren.

Abgerundet wird der biographische Teil durch die beiden vorzüglichen Anhänge „Besetzung der Funktionen“ und „Quellen und Literaturverzeichnis“, welche die

Qualität und den Nutzwert des Handbuchs noch erhöhen.

*Peter Erler*

**Rogg, Matthias: Armee des Volkes. Militär und Gesellschaft in der DDR. Berlin: Ch. Links Verlag 2009, 704 Seiten, 39,90 €.**

Arnold Zweig beschrieb in seinem Anti-Kriegsroman *Erziehung vor Verdun* das Militär als Mikrokosmos der Gesellschaft. So zumindest wollte das Volksbildungsministerium unter Margot Honecker den Text im Schulunterricht interpretiert wissen – als Abbild und extremste Zuspitzung der bürgerlichen Gesellschaft. Und so wurde es den DDR-Abiturienten Jahr für Jahr vermittelt. Die meisten der männlichen Exemplare unter diesen konnten das Erlernte allerdings wenig später am eigenen Leib als eine ganz universelle Erkenntnis erfahren, erdulden und mitunter auch erleiden. Dabei fanden sie – kaum verwunderlich – frappierende Übereinstimmungen und Auswüchse in der eigenen Gesellschaft. Genau diese Wechselwirkung von Militär und Gesellschaft hat Rogg untersucht. Es ist und bleibt in seiner Komplexität ein sperriges Thema, dessen Vielschichtigkeit der Autor auf siebenhundert Seiten beleuchtet.

Das macht er mit großer Akribie und versteht es dabei trotzdem, unterhaltend zu formulieren. Die „Armee des Volkes“ war eine der gern und häufig bemühten, großen und wichtigen Slogans aus dem Repertoire der SED-Propaganda, mit denen die ständig umdichtete Fama des Volksstaates garniert wurde. „Volksarmee“ war im Vergleich zur vorhergehenden „Wehrmacht“ und zur parallel existierenden „Bundeswehr“ die weitaus clevere Begriffsschöpfung. Zumindest Werbestrategen würden das heute neidvoll anerkennen. Doch, fragt der promovierte Historiker und (Bundeswehr-)Berufssoldat Matthias Rogg, was stand real hinter dieser schön scheinenden Markencreation? Sie

war eine Mogelpackung, ein hohler Mythos, lautet die wohlüberlegte und vor allem auf breiter Grundlage erarbeitete Antwort. Reingelegt von dieser Blendung wurde jedoch kaum jemand, der die größte Sozialisationsmaschine der DDR, so Rogg, selbst durchlaufen hat. Jede Wehrpflichtarmee ist nolens volens eine Volksarmee und allein die Bezeichnung „NVA“ deshalb schon eine Tautologie.

Solche Probleme scherten die Propagandisten des ideologischen *think tank* der NVA mit Namen „Politische Hauptverwaltung“ jedoch wenig. Der Terminus der „Volksarmee“ wurde, in Kombinationen mit Euphemismen wie dem „Ehrendienst“ bei der „Fahne“, so exzessiv gebraucht, daß er als ideologische Phrase nicht einmal mehr hinterfragt, sondern von den Adressaten der propagandistischen Botschaft schlichtweg ignoriert wurde. Selbst die Gut-, ehrlich oder überzeugt Gläubigen, so wie viele junge Offiziersanwärter, haderten angesichts der materiellen und ungeistigen Realitäten dieses gigantischen Apparates alsbald mit ihrer Religion. Der NVA-Spitze und damit auch der SED-Führung waren solcherlei Zweifel in ihrem militärischen Nachwuchskader ebenso bekannt wie der Unmut, mit dem Tausende Wehrpflichtige „freiwillig“ ihren Zwangsdienst absolvierten. Wahrhaben wollte sie allerdings nichts davon.

Rogg stützt sich vielfach und stets sinnvoll eingebettet und quellenkritisch auf Befragungen von DDR-Militärsoziologen unter den Männern im steingrauen Rock, und das unter allen Dienstgraden. Viele auf diese Weise entstandene Stimmungsbilder sind ernüchternd, erschreckend und desillusionierend. Doch genau letzterem beugten die Auftraggeber dieser Befragungen vor und flüchteten sich in das immer gleiche Lösungsschema. Reagiert wurde mit einem Mehr an Propaganda, an Indoktrination, an Kontrolle und geistiger Gängelung. Erreicht wurde damit stets das Gegenteil, gelernt wurde dar-

aus nie. Kein Wunder, denn die Führungsspitze der NVA lebte ähnlich welt-, Pardon, DDR-abgewandt wie die SED-Granden. Der langjährige Verteidigungsminister nahm eine Reihe monströser Privilegien in Anspruch, und einige Generäle fanden es normal, Material und Soldaten in ihrer Befehlsgewalt für rein private Zwecke zu nutzen. Bestraft wurde dafür auf dieser Ebene niemand. Unterhalb des Obersts dagegen schon, schließlich stand ja der Ruf der sozialistischen Streitkräfte in der Bevölkerung auf dem Spiel.

Mit diesem Rechtsverständnis war die NVA eine Klassenarmee, nur ganz anders, als das ideologische Programm es vorsah. Innerhalb des Offizierskorps gab es große Verwerfungen. Enormen dienstlichen Belastungen der jüngeren Truppenoffiziere standen weder ein höheres Gehalt als im Zivilleben noch die vielbeschworene gesellschaftliche Anerkennung gegenüber. Zu befehligen waren junge Männer, denen nur zu bewußt war, daß sie mit jedem Tag in dieser Armee ihre Jugend ein Stück weit zu Grabe trugen. NVA, das war auch aufgrund der Erzählungen von Reservisten eher ein Schreckbild für junge Männer.

Im Gegensatz zum Ideal der Soldatenpersönlichkeit leisteten die Wehrpflichtigen nur widerwillig ihren Pflichtdienst. Abiturienten mußten zu einem „freiwilligen“ Längerdiensten regelrecht gezwungen werden. Denn anders als Zwang kann das Junktim von Studienplatzgarantie und einer Verpflichtung zu einer verlängerten Wehrdienstzeit wohl nicht genannt werden. Und anders als mit solchen Methoden vermochte es die DDR-Armee nicht, ihre Kaserne zu füllen.

Rogg, und das ist ein großes Verdienst seines Werkes, nimmt das überaus breite Spektrum der Wahrnehmung und Wirkung des DDR-Militärs in der Gesellschaft mit seinen vielen Facetten überhaupt einmal systematisch in den Blick und ermöglicht so den Zugang zu einer

gründlichen Betrachtung. Zwar vermag er es nicht, wie er auch selbst ausführlich begründet, die gestellten Fragen erschöpfend und empirisch gesättigt zu beantworten, doch liegen die Gründe dafür nicht bei ihm. Während der Arbeit an diesem Buch mußte er feststellen, daß es offenbar erhebliche Hemmungen bei den potentiellen Zeitzeugen gibt, Fragen über ihre persönliche Dienstzeit zu beantworten. Anscheinend wird das Massenphänomen NVA-Dienst massenhaft verdrängt, wie so vieles andere aus dem persönlichen DDR-Leben. Das Schweigen dominiert. Darüber können auch die wenigen autobiographischen Berichte über die Zeit beim DDR-Militär und selbst die wenigen diesbezüglichen Kino- und Fernsehproduktionen – mal ernst, mal heiter – nicht hinwegtäuschen.

Dies könnte als ein weiteres Indiz für eine bewußte und gewollte Geschichtsvergessenheit der Ostdeutschen gewertet werden, die gestützt wird durch eine Scheu auf westdeutscher Seite, sich einer vollkommen fremden und schwer nachvollziehbaren Erlebniswelt zu nähern. Matthias Rogg hat sich davon dankenswerterweise nicht beirren lassen.

*Tobias Voigt*

**Ebbinghaus, Angelika (Hrsg.): Die letzte Chance? 1968 in Osteuropa. Analysen und Berichte über ein Schlüsseljahr. Hamburg: VSA Verlag 2008, 257 Seiten, 16,80 €.**

Der vorliegende Band ging aus einer Tagung hervor, die im Februar 2008 in Bremen stattfand. „Das Jahr 1968 aus der Perspektive der Gesellschaften Mittel-, Ost- und Südosteuropas“, so das Motto dieser Veranstaltung, sollte seiner Rolle als Schlüsseljahr entsprechend in Analysen und Berichten erhellt werden. Während in Westeuropa das Jahr 1968 vornehmlich mit Studentenunruhen in Verbindung gebracht wird, widmete die Bremer Tagung ihre Aufmerksamkeit der Szenerie



in den Ländern jenseits der Mauer und des „Eisernen Vorhangs“. In der Entwicklung der Länder des „real existierenden Sozialismus“ stellte die bewaffnete Niederschlagung des Prager Reformfrühlings am 21. August 1968 eine Weichenstellung dar. Entgegen der offiziell vorgegebenen Absicht, den Sozialismus in der Tschechoslowakei retten zu wollen, wurde das Gegenteil erzielt. Damit wurden alle Versuche, „Systeme sowjetischen Typs“ (Zdeněk Mlýnář) zu reformieren, augenscheinlich und nachhaltig diskreditiert.

Im vorliegenden Band wird das ostmitteleuropäische Schlüsseljahr 1968 nicht nur vor dem Hintergrund des „Prager Frühlings“ und den Folgen seiner gewaltsamen Niederschlagung betrachtet. In stichhaltigen Beiträgen werden politische wie auch kulturelle Entwicklungen der Länder Polens, Ungarns, Rumäniens, Jugoslawiens und der DDR dargestellt. Auch dort hatte sich über Jahre hinweg, freilich unter unterschiedlichen Voraussetzungen, ein gewaltiger Reformbedarf herausgebildet.

Adam Michnik äußerte sich in einem Gespräch mit Gabriele Lesser, das im Buch abgedruckt ist, über Gemeinsamkeiten und Unterschiede junger Demonstranten in Ost und West: „Ja, für meine Altersgenossen im Westen war der Hauptbezugspunkt der Vietnamkrieg. Für uns war es die Tschechoslowakei. Das ist ein prinzipieller Unterschied. Wir haben für die Freiheit gekämpft. Die Studenten im Westen dagegen kämpften gegen den Kapitalismus.“ In dieser Skizzierung schimmert die Sprachlosigkeit auf, die für das Verhältnis zwischen West und Ost und gerade zwischen West-Linken und Ost-Linken kennzeichnend ist. Sie verweist auch auf einen grundsätzlichen Unterschied, der die europäische Spaltung befördert hat und der zum Teil bis heute in die politische wie mentale Diskussion hineinwirkt. Adam Michnik, der zu den führenden polnischen Dissidenten gehörte, führte zu der fundamental unterschied-

lichen Ausrichtung der politischen Revolten in West- und Ostdeutschland weiter aus: „Die westdeutschen Studenten kämpften gegen Reza Pahlewi, aber nicht gegen Walter Ulbricht. Die DDR-Diktatur war kein Feind. Der Unterschied war also ein prinzipieller. Für uns waren die Hauptfeinde die in Warschau und Moskau regierenden Kommunisten, nicht aber die USA und deren Krieg in Vietnam.“

Doch auch in den sozialistischen Länder hat es bei den öffentlichen Studentenprotesten ganz unterschiedliche Ausrichtungen gegeben. Anhand des jugoslawischen Beispiels zeigt Boris Kanzleiter in seinem Beitrag „Nieder mit der roten Bourgeoisie!“, daß sich gerade auch die dortige studentische Jugend bewußt für einen „Dritten Weg“ zwischen Ost und West eingesetzt und zugleich die Bürokratisierung und das Establishment einer verkrusteten Verwaltung im Lande von links kritisiert habe. In einer detailreichen und kundigen Darstellung setzt sich Marc-Dietrich Ohse mit der Jugend der DDR im Schlüsseljahr 1968 auseinander. Der „Prager Frühling“ des tschechoslowakischen Nachbarn hatte Hoffnungen geweckt und Erwartungshaltungen erzeugt. Um so entschiedener fiel nach dem Ende des „Prager Frühlings“ die Distanz zum herrschenden Regime aus. Der Schriftsteller Richard Wagner, der erst im Jahr 1987 Rumänien verlassen hat, schildert in seinem Beitrag „Als Ceauşescu und ich 68er waren“ spezifische Widersprüchlichkeiten im sozialistischen Rumänien zwischen Stalinismus und möglichen Reformen. Wagner gibt in seiner biographisch gehaltenen Analyse Einblicke in eine besondere Gemengelage aus der Sicht eines jungen Intellektuellen und zugleich Angehörigen einer deutschen Minderheit im ländlichen Raum. Im Themenblock „Der ‚Prager Frühling‘ und seine Niederschlagung“ skizziert unter anderem Stefan Karner „Den kurzen Traum des ‚Prager Frühlings‘ und Moskaus Entscheidung zu seinem Ende“, während Marke-

ta Spiritová in ihrem Beitrag „Im Inland beginnt eine Hexenjagd“ über die Auswirkungen der Niederlage des Reformsozialismus auf den Alltag von Intellektuellen berichtet. Der abgehalfterte Alexander Dubček hatte im Dezember 1987 der Parteizeitung der italienischen Kommunisten *L'Unita* Zahlen genannt. Immerhin waren im Zuge der Parteiausschlüsse in der ČSSR nahezu 1 500 000 Menschen mittelbar betroffen.

Diese Publikation zeichnet sich zudem dadurch aus, daß authentische Dokumente wie zum Beispiel das legendäre Manifest „2000 Worte“ des tschechischen Schriftstellers Ludvík Vaculík abgedruckt sind. Jörg Roesler und Stefan Bollinger, die über „Wirtschaftsreformen in Osteuropa: Ziele und Grenzen“ schreiben, kommen zum Schluß, daß sich weder wirtschaftliche noch technokratische Reformen im „realen Sozialismus“ durchsetzen konnten. Der „Prager Frühling“ war, so formuliert es Jörg Roesler, „zugleich Höhepunkt und Scheitelpunkt der zweiten Welle der Reformbewegung in Osteuropa“. Daß auf die letzte Reformbewegung der Untergang des „realen Sozialismus“ folgte, hatte dieser seiner immanenten Unfähigkeit zu verdanken, auf gesellschaftliche Herausforderungen zu reagieren.

*Volker Strebel*

**Nooke, Maria: Für Umweltverantwortung und Demokratisierung. Die Forster Oppositionsgruppe in der Auseinandersetzung mit Staat und Kirche. Berlin: Ch. Links Verlag 2008, 464 Seiten, 34,90 €.**

Meinungen und Theorien über die kirchlichen Basisgruppen in der DDR gibt es zwar genügend. Erforscht wurden diese bisher jedoch eher wenig. Gerade einer Handvoll der zum Ende der DDR etwa 350 Basisgruppen wurden bisher wissenschaftliche Monographien gewidmet, und dies oft von „Ehemaligen“.

Das ist auch bei Maria Nooke und ihrer Dissertation über den „Ökumenischen Friedenskreis der Region Forst“ der Fall. Im Unterschied zu Marianne Subklew-Jeutners Porträt des „Pankower Friedenskreises“, der älter, größer, urbaner und in seiner Themensetzung vielfältiger war, ist Nooke in der glücklichen Lage, vielen Details nachgehen zu können. Mit Hilfe von vielfältigen Quellen und einem interessanten Methodenmix ist es ihr gelungen, ihren Gegenstand erschöpfend zu untersuchen und informativ darzustellen.

Nooke fragt nach den Rahmenbedingungen, unter denen sich die Forster Gruppe gebildet hat, untersucht deren Selbstverständnis und die Gründe für die Auflösung nach dem Ende der DDR. Nach der Schilderung der Gruppengeschichte im ersten Kapitel nimmt Nooke im zweiten Teil ihrer Studie anhand biographischer Interviews die individuelle Perspektive entscheidender Aktivisten ein. Mit der Kontrastierung der so gewonnenen Erkenntnisse gelingt es ihr, das Spezifische der Forster Oppositionsgruppe herauszustellen, wobei ihr diesbezügliches Ergebnis erst nach der Erforschung weiterer Friedenskreise verifizierbar sein wird.

Umfassend geht sie auf die regionale Vorgeschichte ein, beschreibt das von der Christlichen Friedenskonferenz (CFK) und der CDU geprägte kirchliche Umfeld und die Anfänge der Friedensarbeit, die wie sooft auf die Initiative einiger Theologen und kirchlicher Mitarbeiter zurückgingen. Im Januar 1986 schlossen sich einzelne Initiativen zum „Ökumenischen Friedensarbeitskreis Forst/Lausitz“ zusammen, der wie der Pankower Kreis in verschiedenen thematischen Untergruppen arbeitete. Am 1. Februar 1988 gründete sich, auf diesen aufbauend, der „Ökumenische Friedenskreis der Region Forst“. Wegen des kurz darauf im nahen Cottbus stattfindenden Basisgruppentreffens „Frieden konkret“ geriet vor allem seine Publikation „Auf-

bruch“ in das Visier des MfS. Schnell nahm der Kreis über Treffen wie „Frieden konkret“ oder die Berlin-Brandenburgischen Regionaltreffen Kontakt zu anderen Gruppen in der Region und in der restlichen DDR auf. Auch dadurch gewann er an Bedeutung. Zum Ende der DDR ging der Kreis partiell auf die CFK zu oder lud im Herbst 1989 den örtlichen CDU-Volkstagesabgeordneten ein. Der Gruppenmitgründer Günther Nooke, Maria Nookes Ehemann, war anschließend auch an der Gründung des „Demokratischen Aufbruchs“ beteiligt. Unterschiedliche parteipolitische Präferenzen sollten später die Gruppenmitglieder auseinanderbringen.

Verschiedene Fotos sowie eine äußerst detaillierte Chronik schließen das Buch ab. Leider fehlt ein Personenregister. Trotzdem bietet Maria Nooke mit ihrem Werk nicht nur einen tiefen Einblick in die Oppositionsarbeit in Forst, sondern darüber hinaus in eine ganze Region, die bisher wenig erforscht ist. Nach der Lektüre hat der Leser das Gefühl: Mehr geht nicht. Dies ist in der Oppositionsgeschichtsschreibung eher selten und legt den Schluß nahe, daß hier ein Stück Basisgruppenarbeit lesbar und abschließend erforscht wurde, was zu begrüßen ist.

*Christoph Wunnicke*